

Kurierdienste arbeiten zum Teil schon mit elektrischen oder muskelbetriebenen Lastenfahrern.

FOTO: ROBERT HAAK

VON KATJA RIEDEL

Martin Blankemeyer will nicht mehr „zwangsbeglückt“ werden, wie er sagt. Nicht mehr vertreten von einer Organisation, deren Haltung er selten teilt. Blankemeyer war gegen eine dritte Startbahn am Flughafen, Blankemeyer hat gegen Olympia gestimmt. Projekte, die die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern (IHK) unterstützt hatte. 150 Euro im Jahr zahlt der Kinobetreiber aus dem Westend an die IHK. Bei ihr sind alle Firmen Pflichtmitglieder, insgesamt 382 000 Betriebe. Blankemeyer klagt nun gegen seinen Beitragsbescheid. Sein Argument: Die IHK habe seit Jahren weit über Plan Einnahmen erwirtschaftet, daraus hohe Rücklagen gebildet, aber die Mitgliedsbeiträge nicht gesenkt.

Ein Jahr lang ging kaum etwas voran. Nun sucht die Kammer einen neuen Generalplaner

Am Dienstag findet vor dem Münchner Verwaltungsgericht die Verhandlung Blankemeyer gegen IHK statt. Sie wird nicht nur deshalb interessant, weil die Münchner IHK einer der größten Wirtschaftsverbände der Republik ist, sondern auch weil sie vor enormen Investitionen steht. Laut Insidern in Höhe von gut 200 Millionen Euro für den Ausbau seiner Geschäftsstellen, neue Filialen in Rosenheim und Ingolstadt, eine Anmietung in Weilheim, die Sanierung des Ausbildungszentrums an der Orleansstraße. Vor allem aber für die Sanierung des „Juwels“, wie es die ganz Mächtigen der IHK bezeichnen: die Zentrale an der Max-Joseph-Straße. Die genannte Summe bestreitet die IHK, nicht jedoch die anstehenden Sanierungen.

Marodes Fundament

Die Sanierung der IHK-Zentrale könnte deutlich teurer werden als geplant. Insider schätzen die Kosten auf mehr als 100 Millionen Euro. Die dafür nötigen Rücklagen werden nun auch vor Gericht eine Rolle spielen

Denn gerade bei dem größten Posten ist noch unklar, wie teuer er am Ende werden wird. Auf Gesamtkosten von etwa 73 Millionen Euro hatte die IHK die Sanierung der Zentrale veranschlagt – zehn Millionen als Puffer für Unvorhergesehenes eingerechnet. Denn es handelt sich um zwei Altbauten, gebaut um die Jahrhundertwende. Und auch den treibenden Kräften bei der IHK war nicht entgangen, dass es bei Altbauten in München, etwa beim Deutschen Theater, zuletzt teure Überraschungen gegeben hatte. Nun rechnen Insider damit, dass die IHK-Sanierung mehr als 100 Millionen Euro kosten könnte. Die Kammer widerspricht: Die 73 Millionen Euro reichten. Zugleich verweist sie auf offene Haftungsfragen zwischen ihr und dem bisherigen Gesamtplaner. Sie sucht nämlich einen neuen – womöglich präsentiert der dann auch neue Zahlen.

Im alten IHK-Gebäude gab es Probleme: Mehrere Einzelgutachten bescheinigten, dass die Decken den statischen Anforderungen nicht mehr genügen. Probleme gab es zudem mit dem Brandschutz, auch Auflagen für Veranstaltungstätten waren nicht mehr zu erfüllen. Auf vorangegangenen Einzeluntersuchungen und eigenen Erkenntnissen fußte die Stellungnahme, die ein renommiertes Münchner Planungsbüro 2010 in einer der IHK-Vollversammlungen präsentierte. Später stimmten die 900 IHK-Delegierten dem Projekt einmütig zu

– auch wenn es kritische Stimmen gab, die ein umfassendes Gesamtgutachten forderten. Sie setzten sich nicht durch. Der Auftrag für die Gesamtplanung ging an dasselbe Büro – ohne Ausschreibungsverfahren. Rechtlich war das nicht erforderlich, bei einem Projekt dieser Größe hätte dies mancher aber als angemessen empfunden. Man habe das Büro „aufgrund vorhandener Gebäudekenntnisse und unter Beachtung des terminlichen und finanziellen Drucks“ beauftragt, heißt es bei der IHK.

Auf 33 Millionen Euro plus zehn Millionen möglicher Mehrkosten hatte der Gesamtplaner nach SZ-Informationen die reinen Baukosten taxiert, hinzu kamen die



Die Zentrale der IHK wird intern das „Juwel“ genannt. FOTO: STEPHAN RUMS

plan, die Fahrer im „Innenbetrieblichen Einsatz“ zu testen – also zum Beispiel bei Transportfahrten auf größeren Firmengeländen. Ziel soll es sein, Fahrten von Lastwagen oder Transportern zu ersetzen. Dabei sollen vor allem Lastenfahräder mit

„Kleinantriebe (Kapit)“ im Einsatz. In einer ersten Analyse, so die IFA-Forscher, habe sich gezeigt, dass für bis zu 68 Prozent der Waren, die derzeit mit Auto-LKW transportiert werden, eigentlich ein elektrisch angetriebenes Lastenfahräder ausreichen würde. MARCO VÖLCKEL

Baunebenkosten, insgesamt 72,9 Millionen, die jährliche Preissteigerung eingerechnet. Nun sollen sich die Fundamente und Decken als deutlich maroder erwiesen haben als ursprünglich gedacht. Hinzu kommt seit Dezember 2011 die Miete im Ausweichquartier an der Balanstraße (monatliche Kosten: 200 000 Euro), sie ist in die Gesamtkosten nicht eingerechnet.

Im September hat der bisherige Gesamtplaner die Kündigung ins Haus bekommen. Nachdem sich ein Jahr lang auf der Baustelle nichts mehr getan hatte – gewachsen seien in dieser Zeit einzig die Papierstapel, sagen Menschen, die mit der Sache zu tun haben. Die Kosten aber liefen weiter: für Baumaschinen, die herumstünden, für Planungshonorare, für die Miete im Ausweichquartier. Was ist da passiert? Der nun geschasste Gesamtplaner darf sich wegen einer Stillschweige-Klausel zu der Sache nicht äußern. Und die beiden treibenden Kräfte des Projekts bei der IHK können auch nicht mehr über die Probleme sprechen: Die ehemaligen Präsidenten Erich Greipl und sein Vize Anton Kathrein sind kurz hintereinander gestorben. Vor allem Greipl sei das Zugpferd des Projektes gewesen, sagen Insider. Andere seien zögerlicher, vor allem der Bauausschuss der IHK. In den vergangenen Monaten hätten sich Entscheidungen immer wieder verzögert, mal um zwei, mal um drei und manchmal gar um fünf Monate. Der Gesamt-

planer soll deshalb darum gebeten haben, aussteigen zu dürfen, um keinen Imageschaden zu erleiden. Dem Wunsch wurde spät entsprochen – mit einer außerordentlichen Kündigung, über deren Umstände man sich nun nicht einig sei, heißt es bei der IHK. Zu den Einzelheiten will sie sich nicht äußern, sie beklagt fehlende Planungssicherheit, „was Qualität, Zeit und Kosten angeht“. Nun werden sich wohl Anwälte streiten, wer daran Schuld trägt, dass auf dem Bau nichts vorangeht – und darüber, ob die IHK ausstehende Honorare zahlen muss oder umgekehrt auf eine Entschädigung pochen kann.

Sicher ist, dass die Sanierung der Zentrale auch am Dienstag vor dem Verwaltungsgericht eine Rolle spielen wird. Denn nach SZ-Informationen rechtfertigt die IHK ihre Rücklagen mit den hohen Sanierungskosten. Weiter geht es mit dem Bau nicht vor dem Frühjahr. Noch bis Ende 2013 läuft die europaweite Ausschreibung für einen neuen Gesamtplaner. Mehr als ein Dutzend Büros sollen sich beworben haben. Und wer den Zuschlag bekommt, muss sich nicht nur durch Aktenberge kämpfen, sondern zu eigenen Einschätzungen und neuen Zeitplänen für die einzelnen Gewerke der Sanierung finden. Das dauert.

Innerhalb der IHK-Führung dringt mancher auf größtmögliche Transparenz gegenüber den 380 000 Beitragszahlern. Kläger Blankemeyer wird indes auch kein Bautagebuch im Internet besänftigen. Wenn es nach ihm ginge, sollte die Kammer das Gebäude verkaufen. Kritiker wie er beklagen, dass hier keine Firma mit ihren eigenen Gewinnen wirtschaften müsse, sondern eine Körperschaft mit Gebühren ihrer Mitglieder. Für diese müsse sie Sorge tragen, gerade wenn sie nicht einfach austreten können. Blankemeyer will raus. Und sich dabei durch alle Instanzen klagen.